

Berliner Zeitung 6.6.1994

"Warum gliedern Sie nicht Bayern aus Deutschland aus?"

Wenn es um die Zukunft Europas geht, scheiden sich die Geister - ein Streitgespräch zwischen Peter Glotz und Peter Gauweiler

Massenarbeitslosigkeit" sinkende Konkurrenzfähigkeit, Umweltzerstörung, Völkerwanderung -- die Probleme des alten Kontinents sind vielfältig. Wie muß Europa künftig verfaßt sein, wenn es sein Schicksal meistern will? Während Peter Glotz für die Vertiefung der ..Europäischen Union plädiert, sieht Peter Gauweiler den Ausweg im starken Nationalstaat. Mit den beiden erklärten ..Pro-Europäern diskutierten in der Redaktion der Berliner Zeitung Herausgeber Erich Bohme und Europa-Redakteur Sven Gerlach.

Berliner Zeitung: Keinen von Ihnen wird man einfach als Europagegner abqualifizieren können. Gleichwohl haben wir den Eindruck, daß Sie beide unter "Europa" etwas Verschiedenes verstehen. Was ist Ihre Vorstellung von der Zukunft des Kontinents?

Gauweiler: Die Frage ist, ob wir die Brüsseler EG oder EU -- die ändern ja alle acht Jahre die Abkürzung -- mit dem Erdteil gleichsetzen wollen. Ob das Bestreben, möglichst viele unter einen Hut zu zwingen, einem europäischen Gedanken gut tut, der in den 50er Jahren mit den Römischen Verträgen ganz im Gegenteil davon ausging, die europäischen Kernländer in vertraglicher Form zu binden, aber nicht einzuschmelzen. Der Charme des europäischen Kontinents besteht ja in der Bewahrung seiner Vielheit. Small is beautiful. Es hat keinen Sinn, daß wir in Maastricht die Uhren vorstellen, in der Hoffnung, daß dann die Zeit schneller laufen würde. Unsere Aufgabe kann nicht sein, in den nächsten fünf Jahren einen vereinigten Bundesstaat zwischen Faroer-Inseln und Ägäis durchzusetzen.

Nach Ihrer Vorstellung geht es also nicht direkt von der Europäischen Gemeinschaft über Maastricht zur Politischen Union?

Gauweiler: Das geht nicht, weil die Regionen nicht nur Freundschaftsgefühle haben, sondern auch unterschiedliche Interessen. Dieser Gegensatz kann nicht dadurch verwischt werden, daß wir unsere eigenen Interessen vernachlässigen. Deutsche Politik hat als Hauptaufgabe, die Interessen des deutschen Volkes wahrzunehmen. Das ist keine rechtsradikale Floskel, darauf werden Politiker bei uns immer noch vereidigt. Wir entziehen uns dieser Pflicht, wenn wir so tun, als seien wir von Deutschland aus quasi für alles verantwortlich. Mit dieser Heuchelei des allzu Guten ist man am Ende für überhaupt nichts richtig verantwortlich.

Herr Glotz, können Sie das unterschreiben?

Glotz: Nein. Ich kann zwar die Bewahrung der Vielheit Europas voll und ganz unterschreiben. Nur sind mir die politischen Begriffe von Peter Gauweiler zu unpräzise. Wir sollten die Integration Deutschlands in eine westeuropäisch geprägte Gemeinschaft anstreben, die gemeinsam Außenpolitik, gemeinsam Sicherheitspolitik, gemeinsam Finanz- und Wirtschaftspolitik betreibt. Die auf diese Weise erstens in der Lage ist, die Konkurrenz gegenüber Amerika, Japan, Südostasien zu bestehen und zweitens Osteuropa ökonomisch wirksam zu unterstützen.

Also Sie liegen ganz auf der Linie der Maastrichter Beschlüsse, die Gauweiler für eine Schnapsidee hält.

Glotz: Ich halte den Maastrichter Vertrag für schlecht verhandelt und ich glaube, fürchte, daß er deshalb nicht greift. Aber ich habe ihm zugestimmt.

Sie haben behauptet, die Entscheidung über das Schicksal Europas fällt im nächsten Jahr. Angesichts dieser Zeitknappheit hätten wir es gerne etwas genauer: Wohin soll Europa gehen, soll es ein Bundesstaat, ein Staatenbund oder gar zu den Vereinigten Staaten von Europa werden? Glotz: Ich bin für die Vereinigten Staaten von Europa. Nur, darf man sich nicht einbilden, daß das ein Abziehbild der Vereinigten Staaten von Amerika sein kann. Es wird auch kein Bundesstaat klassischer Form sein, wie etwa die Bundesrepublik, wo die Nationalstaaten dann die Rolle der Bundesländer spielen, sondern etwas sui generis, etwas Eigenes. Mein Plädoyer geht dahin, jetzt rasch die EFTA-Staaten zu integrieren, diejenigen Staaten, die nicht weiter mitgehen wollen, vor die Alternative zu stellen, ob sie mitmachen wollen oder nicht, und dann den Versuch zu machen, diese Europäische Gemeinschaft zu vertiefen. Sie dagegen wollen Maastricht rückgängig machen.

Gauweiler: Langsam! Es ist wie bei einer Jacke, die man in Gefahr ist, falsch zuzuknöpfen. Wir sind, was die juristische Einbettung der EU-Staaten angeht, zu lange in die falsche Richtung gegangen. Wir haben jetzt einen Integrationszwang erreicht, der sich ins Gegenteil verkehren kann. Auch für die europäische Integration gilt: Alles ist ein Heilmittel, nur die Dosis macht das Gift. Und diese Dosis wird von Eurobürokraten übertrieben, seelenlos. Glotz: Diese Eurobürokraten sind genauso seelenvoll oder seelenlos wie die Beamten in der oberbayerischen Bezirksregierung oder in der Stadt München oder sonstwo.

Gauweiler: Aber das reicht doch schon

Glotz: Selbstverständlich müssen wir Probleme dort lösen, wo es am sachlichsten ist. Das ist in einem föderalen Europa auch möglich. Aber wenn wir wirklich die ökonomische Konkurrenz mit dem amerikanischen Wirtschaftsraum oder den Südasiaten bestehen wollen, dann müssen wir Schritt für Schritt eine gemeinsame Finanzpolitik entwickeln, um dann auch zu einer gemeinsamen Währung zu kommen, weil wir sonst gegenüber dem Dollar und dem Yen-Raum im Nachteil sind. Dann müssen wir großangelegte Initiativen zur Revitalisierung unserer Industrien organisieren, was in einem Nationalstaat allem nicht möglich sein wird. Das heißt nicht, daß alles in Brüssel entschieden werden soll.

Gauweiler: EU-Kommissionspräsident Delors sagt, sein Ziel ist, daß 80 Prozent aller Regeln, denen die Menschen des westlichen Abendlandes unterworfen sind, zwangseinheitlich in der Brüsseler Zentrale gemacht werden sollen. Dies ist ein illusionärer und totalitärer Traum.

Glotz: Sie können doch wohl Delors keinen Totalitarismus vorwerfen. Gauweiler: Dieser Vorwurf stammt von seinem Landsmann Bernard Henri Lévy. Bei Ihnen klingt ein bißchen Erdteilchauvinismus durch: Wir müssen den großen Zusammenschluß herstellen, um irgendeinen Wettkampf mit Asien zu bestehen. Das ist ein völliger Schmarren. Die erfolgreichen Staaten Asiens haben den Spitznamen "kleine Tiger" deswegen, weil sie kleine selbstbestimmte Einheiten sind. Denen käme niemals die Idee, alles unter irgendwelche Erdteilstatuten zu pressen.

Glotz: Sie werden aber die großen europäischen Nationalstaaten nicht zu "kleinen Tigern" machen. Gauweiler: Mir genügt der bayerische Löwe.

Herr Gauweiler möchte also den europäischen Dampfer verlassen und den nationalen besteigen?

Gauweiler: Ich glaube, daß unsere Hauptaufgabe jetzt sein muß, das Zusammenwachsen Deutschlands durchzusetzen. Auch deshalb verlangen wir die Senkung des deutschen EU-Beltrages. Es geht nicht so weiter, daß wir mehr an die ganze Veranstaltung bezahlen als England, Frankreich und Italien zusammen. Unsere zweite Hauptaufgabe ist es, ein deutliches

Integrationszeichen gegenüber den Osteuropäern zu setzen. Nehmen wir Bayern: Unsere Hauptnachbarn sind nun einmal nicht Portugiesen, sondern Tschechen. Mit ihnen verbinden uns Aufgaben und Interessen im nächsten Jahrzehnt. Bei uns Landwirtschaftsflächen stillzulegen, um mit hiesigen Steuergeldern in Spanien und in Portugal Hunderttausende von Hektar rekultivieren zu lassen, ist weder unsere Aufgabe noch unser Interesse.

Glitz: Dies zeigt den tiefgehenden Widerspruch Ihrer Europapolitik. Wenn man einerseits die Gemeinschaft erweitern und andererseits den Beitrag der Deutschen für Europa absenken möchte, ist das völlig unlogisch. Wenn Sie die Tschechen und Slowaken und andere in die EU aufnehmen wollen, dann wird dieses noch sehr viel teurer, weil diese Länder noch schwächer sind als Spanien und Portugal. Und ich stelle fest, Peter Gauweiler will offensichtlich das Niederlassungsrecht für alle Tschechen. Das wird die Oberpfälzer und Niederbayern ganz besonders freuen, Gauweiler: Man muß schon einen starken Willen zum Mißverständnis haben, um so zu argumentieren. Der Einwanderung steht doch jetzt schon Tor und Tür offen. Wenn Sie verhindern wollen, daß ganz Osteuropa auf gepackten Koffern sitzenbleibt oder sich Richtung Deutschland in Marsch setzt, dann müssen Sie eine Alternative für das Bleiben bieten und nicht den westeuropäischen Superstaat zementieren.

Was bieten Sie den Osteuropäern an?

Glitz: Ich will denen die Möglichkeiten geben, zu uns das zu exportieren, was sie derzeit exportieren können. Aber ich will sie nicht als Vollmitglieder in der Europäischen Gemeinschaft, weil ich fürchte, daß das zu Auflösungserscheinungen führt. Damit unterstützen Sie doch eine neue Blockbildung in Europa. Glitz: Nein, ich glaube nicht, daß daraus eine Blockbildung entsteht. Sondern ich glaube, daß es eine Illusion ist, eine echte Union zustande zu bringen, die 25 Mitglieder mit 30 Sprachen und x unterschiedlichen politischen Kulturen vereinigt. Das funktioniert nur dann, wenn man auf eine Union verzichtet und eine bessere Freihandelszone organisiert. Gauweiler: Weil Sie also sehen, daß der Europäische Gesamtstaat gar nicht möglich ist, wollen Sie einen westeuropäischen Teilstaat schaffen. Und dies wird mehr Probleme bringen, als beseitigen.

Glitz: Peter Gauweiler tarnt seine Wendung zum Nationalstaat mit einer pan-europäischen Vision. Sie wollen zurück zum Nationalstaat als der einzigen politischen Einheit. Und es ist" besonders lustig, das von einem bayerischen Föderalisten zu hören.

Gauweiler: Da kommen sie heraus bei Peter Glitz, diese gereizten Einheitsängste im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung. Der negative Patriotismus als Identitätsmerkmal der intellektuellen Linken. Weil man sich mit dem Zusammenwachsen Deutschlands eigentlich nicht anfreunden kann, springt man schnell auf das nächste Boot. Nur -- Ihr treibt auf einen Wasserfall zu, Ihr wißt es bloß noch nicht. Glitz: Das einzig natürliche sind die Kleinstaaten. Je kleiner desto besser

Gauweiler: Small is beautiful. Glitz: Wunderbar. Warum gliedern Sie nicht Bayern sofort aus Deutschland aus? Es wäre viel lebensfähiger als Kroatien oder Slowenien. Und man könnte auch noch die Shetland-Inseln von Schottland abspalten. Gauweiler: Warum verspotten Sie Schottland und wollen den Menschen den Unterschied ihrer Identität nehmen? Das Konzept der versöhnten Verschiedenheit muß überall in Europa gelten. Der totalitäre Wunsch, alles über einen Leisten scheren zu wollen, ist Euch Sozialisten offensichtlich nicht zu nehmen. Glitz: Das scheint dem Sozialisten Kohl auch nicht zu nehmen zu sein. Gauweiler: Kohl hat durchgesetzt, daß ins CDU-Programm wieder der Begriff eines Europas der Vaterländer kommt.

Glitz: Ich bin in der Europa-Politik mit Helmut Kohl völlig einig. Gauweiler: Dann sollten Sie Kohl wählen.

Sind die vielfältigen Probleme des alten Kontinents denn nicht nur auf "europäischer" Ebene lösbar? Wie kann man Europa handlungsfähig machen und welche Macht sind Sie bereit von Bayern über Bonn nach Brüssel abzutreten? Gauweiler: Zunächst gebe ich Ihnen recht, daß die meisten Probleme nur in europäischer Zusammenarbeit lösbar sind. Dies muß allerdings nicht unbedingt heißen, über die freien und selbstbestimmten Länder des Kontinents die Bleiweste einer neuen Zusatzverwaltung zu stützen. Wir haben ja schon sehr viele Rechte abgetreten. Aber wir können nicht in dem Moment, wo unsere Bevölkerung in ihrer Gesamtheit ihre Selbstbestimmung gefunden hat, diese gleich wieder an Brüssel abgeben.

Glitz: Genau hier sind wir am entscheidenden Gefahrenpunkt. Deutschland ist jetzt wieder der größte europäische Nationalstaat und wenn wir die ökonomischen Probleme der Vereinigung verkraftet haben werden, dann werden wir vermutlich auch der ökonomisch stärkste Staat Europas sein. Das ist das Einzige, was unsere Nachbarn nicht aushalten: Daß wir nicht wirklich voll in ein funktionierendes Europa integriert sind.

Gauweiler: Deswegen ja zur Integration. Aber nein zum Superstaat. Meinen Sie, man muß auf bestimmten Gebieten der Integration wieder zurück?

Gauweiler: Ja. Ich halte das Wahlrecht für EU-Ausländer in Städten, Gemeinden und Landkreisen nach sechs Monaten für eine unzulässige Einschränkung der örtlichen Volkssouveränität. Es ist auch nicht vertretbar, sogar schon wieder ausgewiesenen EU-Ausländern die deutsche Sozialhilfe auch noch ins Ausland nachzuschicken.

Europa als Gemeinschaft von zwölf oder 16 Staaten ist doch nur als wandelnder Kompromiß, als ein ständiges Geben und Nehmen vorstellbar. Bei Ihrer Argumentation über Selbstbestimmung und Interessen in Europa, Herr Gauweiler, drängt sich das Bild eines Selbstbedienungsladen auf, aus dem wir das herausnehmen, was uns gerade paßt: Fördergelder nehmen wir, aber die Flächenstilllegung zum Beispiel machen wir nicht mit. Wie kann so etwas funktionieren?

Gauweiler: Bei einem Selbstbedienungsladen muß niemand alles nehmen. Politik ist Interessenvertretung. Es ist nicht deutsche Politik, die ganze Welt zu umarmen und die eigenen Leute zu vergessen.

Bauen Sie denn nicht einen Prügelknaben auf, wenn Sie über die Brüsseler Regelungswut wettern. 80 Prozent der EU-Vorschriften wurden von den Mitgliedsländern initiiert. Und pikanterweise wurde ausgerechnet die berüchtigte Verordnung zur Vereinheitlichung der Traktorsitze von der bayerischen Staatsregierung lanciert.

Gauweiler: Ich glaube nicht, daß die EU-Verordnungen und -Richtlinien für mich sympathischer werden, wenn sie von deutschen, bayerischen oder preußischen EU-Bürokraten gemacht werden. Im Gegenteil, es liegt ja in unserem deutschen Beamtenwesen, die Sachen noch besonders gründlich und detailverliebt zu machen. Diese Praxis hat zu teilweise grotesken Regelungen geführt. Glitz: Sie haben recht, daß wir bei der Agrarpolitik da und dort Nachteile haben. Wir haben bei der Industrie aber riesige Vorteile durch die EU. Wenn Sie das Prinzip take and give akzeptieren, dann muß man zu einem vernünftigen Ausgleich finden.

Peter Glitz, könnte eine europäische Verfassung dieses und andere Probleme regeln?

Glutz: Ich will jedenfalls eine Debatte über eine europäische Verfassung und langfristig auch eine solche Verfassung selbst. Man muß die Art, wie Europa regiert wird, renovieren. Das geht nicht mehr mit den bisherigen Institutionen und nicht nur mit Institutionen. Man muß zum Beispiel schrittweise mehr Sprachkompetenz an den Schulen schaffen. Nicht über Esperanto, ich bin gegen Esperanto, sondern für Vielfalt

Gauweiler: Sie haben gerade noch die Kurve gekriegt

Glutz: Ich kriege immer die Kurve Gauweiler: Ich habe schon erwartet, daß der Turmbau zu Babel jetzt als das neue Zukunftsmodell für Europa hergenommen werden muß. Ich glaube jedenfalls, daß die Debatte, die Peter Glutz über eine sogenannte "Europäische Verfassung" wünscht, eine der üblichen Scheinlkskussionen für Akademien und Zeitungen sein wird, daß sie aber an der Bevölkerung, wie alle Palaver dieser Art, völlig vorbeigehen wird. Die hat ganz andere Probleme.

Peter Glutz im Streitgespräch Ober Europa mit Peter Gauweiler in der Redaktion der Berliner Zeitung.

Dr. Peter Glutz

Peter Glutz wurde 1939 im böhmischen Eger geboren. 1945 floh die Familie nach Bayern. Peter Glutz studierte Zeitungswissenschaften, Germanistik und Soziologie, arbeitete später als Kommunikationsforscher und Publizist. 1961 schloß er sich der SPD an und machte dort als beherrzter Debattierer einen schnellen Aufstieg, der ihn von 1981 bis 1987 bis zum Posten des Bundesgeschäftsführers brachte. Dort profilierte er sich als "Vordenker, der SPD. Ende der achtziger Jahre mußte Peter Glutz eine Reihe von Rückschlägen in seiner Parteikarriere einstecken. Seit 1991 ist er stellvertretender SPD-Vorsitzender in Bayern. 1993 wurde Peter Glutz zum Honorarprofessor für Medienökologie und Kommunikationskultur in München berufen.

Dr. Peter Gauweiler

Peter Gauweiler wurde 1949 in München geboren. Er studierte Jura und arbeitete anschließend als Rechtsanwalt. 1971 wurde Peter Gauweiler jüngster Stadtrat in München, wo er sich schnell zum "Hardliner" entwickelte. 1986 berief ihn Strauß zum Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium. Spektakuläre Polizeieinsätze und seine rigide Alts-Politik brachten ihn in die Schlagzeilen. 1990 stieg Peter Gauweiler zum bayerischen Umweltminister auf. Mit seinem Standpunkt zur Europawähnung ("Esperanto. Geld" geriet er innerhalb der CSU-Spitze in die Isolation. Wegen des Skandals um die "Verpachtung" seines früheren Anwalts-Kundensrarnnres trat Peter Gauweiler im Februar von seinem Ministerposten zurück.

Die Dosis wird von seelenlosen Eurobürokraten übertrieben Die Tschechen und Slowaken aufzunehmen, wird viel teurer Sie machen die großen Staaten Europas nicht zu "kleinen Tigern"